

II-M 371 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5449 /J

1993 -10- 20

### ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Bildschirmzulage

Wie aus Ihrer Anfragebeantwortung der Anfrage Nr. 4940/J hervorgeht, bedarf es bei Einführung einer Bildschirmzulage für Bedienstete der Zustimmung des Bundeskanzlers bzw. des Bundesministeriums für Finanzen.

Die Bundespolizeidirektion Wien richtete an das Finanzministerium einen diesbezüglichen Antrag, dem allerdings nicht stattgegeben wurde. Dadurch steht die Einführung des ELS-Systems in Frage, da der Dienststellenausschuß bereits mehrmals darauf hinwies, daß er die Zustimmung für die Einführung des ELS-Systems von der Gewährung einer Bildschirmzulage abhängig macht. Gemäß § 9 PVG ist bei Einführung neuer Arbeitsmethoden die Zustimmung des Dienststellenausschusses erforderlich.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

### ANFRAGE

- 1) Ist Ihnen bekannt, daß der Dienststellenausschuß die Einführung des ELS-Systems von der Gewährung der Bildschirmzulage abhängig gemacht hat?
- 2) Wird seitens Ihres Ministeriums die Ablehnung des Dienststellenausschusses zum ELS-Projekt akzeptiert?
  - a) Wenn ja, existiert ein anderes System, das bei der Funkstelle verwendet werden soll? Wenn ja, welches?
  - b) Wenn nein, wie ist dies mit den Bestimmungen des PVG vereinbar?
- 3) Werden Sie sich zur Durchsetzung des ELS-Systems beim Bundeskanzler bzw. beim Bundesminister für Finanzen dafür einsetzen, daß eine Bildschirmzulage gewährt wird?  
Wenn nein, warum nicht?